

MITTEILUNGSBLATT DER KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



www.uni-graz.at/zvwww/miblatt.html

45. SONDERNUMMER

Studienjahr 2007/08

Ausgegeben am 10. 6. 2008

35.h Stück

CURRICULUM

für den

UNIVERSITÄTSLEHRGANG „JOINT MASTER IN EUROPEAN INTEGRATION AND REGIONALISM“

an der Karl-Franzens-Universität Graz

Der Senat hat am 23. 4. 2008 gemäß § 25 Abs. 1 Z 16 UG 2002 das von der Curricula-Kommission Universitätslehrgänge am 2. 4. 2008 und 30. 4. 2008 beschlossene Curriculum für den Universitätslehrgang „Joint Master in European Integration and Regionalism“ genehmigt und den Lehrgangsbeitrag gemäß § 91 Abs. 7 UG 2002 entsprechend dem vorgelegten Finanzplan festgelegt.

Rechtliche Grundlagen:

Universitätsgesetz 2002, BGBl.I Nr.120/2002 idgF.

Satzungsteil Studienrechtliche Bestimmungen der Karl-Franzens-Universität Graz

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller: Karl-Franzens-Universität Graz, Universitätsplatz 3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.

Anschrift der Redaktion: Administration und Dienstleistungen, Universitätsdirektion, Universitätsplatz 3, 8010 Graz. E-Mail: mitteilungsblatt@uni-graz.at

CURRICULUM für den UNIVERSITÄTSLEHRGANG „JOINT MASTER IN EUROPEAN INTEGRATION AND REGIONALISM“ an der Karl-Franzens-Universität Graz

Folgende Änderungen wurden genehmigt:

1. Ad Formalia:

„ECTS“ wird im gesamten Text durch „ECTS-Anrechnungspunkte“ ersetzt.

Das Wort „Studienplan“ wird im gesamten Text durch „Curriculum“ ersetzt.

Das Wort „Arbeit“ wird im gesamten Text durch „Masterarbeit“ ersetzt.

2. Die **Überschrift**: Verordnung zur Einrichtung des Universitätslehrganges Master in European Integration and Regionalism lautet neu:

Curriculum für den Universitätslehrgang „Joint Master in European Integration and Regionalism“ mit Zusatz:

Genehmigt vom Senat der Universität Graz am 23. April 2008

Genehmigt vom Senat der Universität Autònoma de Barcelona am [...]

Genehmigt vom Senat der University of Zagreb am [...]

3. Unter **Par. 1** werden **Allgemeine Bestimmungen** eingefügt, die wie folgt lauten:

Das Curriculum für den Universitätslehrgang wurde gemeinsam von den Kooperationspartnern bzw. Kooperationspartnerinnen unter der Leitung der Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich, erarbeitet. Nach Abschluss des Universitätslehrganges wird ein akademischer Grad verliehen, der von allen Universitätspartnerinnen auf Basis des Kooperationsvertrags und der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen anerkannt wird.

4. Par. 1 mit Titel „Zielsetzung“ wird durch **Par. 1 Abs. 2 „Qualifikationsprofil“** ersetzt und lautet neu:

(2) Der interdisziplinär angelegte Universitätslehrgang vermittelt grundlegende Kenntnisse in den Bereichen Recht, Politik und Wirtschaft im Hinblick auf europäische Integrations- und Reformprozesse. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von fundiertem Wissen über das Recht der Europäischen Union, um in der Folge diese Kenntnisse mit der regionalen und kulturellen Dimension eines sich erweiternden Europas verknüpfen zu können. Ziel des Lehrgangs ist, die Vision eines nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, kulturell und sozial integrierenden Europas zu vermitteln, dessen Erweiterung eine einzigartige Chance darstellt, Barrieren zu überwinden. Die Studierenden werden so auf die zukünftigen Herausforderungen Europas vorbereitet.

Im Laufe des Studiums sollen die Studierenden nicht nur ihre Kenntnisse über Theorien und abstrakte Konzepte vertiefen, sondern trainieren in Arbeitsgemeinschaften auch ihre praktischen und sozialen Kompetenzen sowie durch Präsentationen ihrer eigenen Forschung ihre rhetorischen Fähigkeiten. Einblicke in die Entwicklung und das Management von Projekten werden anhand von Übungen und Exkursionen vermittelt. Aufgrund der Tatsache, dass die Studierenden aus verschiedenen Ländern der Welt stammen, stellt der Universitätslehrgang außerdem eine interkulturelle Erfahrung dar.

Durch das theoretische Wissen, die praktischen Fertigkeiten und die interkulturelle Erfahrung, welche die Studierenden im Laufe des Universitätslehrganges sammeln, sowie durch die Mobilität innerhalb und die Netzwerkbildung während des Universitätslehrganges erhöht sich die internationale Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen bzw. Absolventinnen. Die erworbenen Fähigkeiten sind nicht nur in akademischer Forschungsarbeit einsetzbar sondern auch in praxisorientierten Berufen, wie z.B.

im öffentlichen Dienst in nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen, im diplomatischen Dienst, in internationalen Organisationen und NGOs sowie in der Beratung.

5. Par. 2 jetzt Par. 1 Abs. 3 Dauer, Gliederung in Module lautet neu:

(3) Allen von den Studierenden erbrachten Leistungen, zu denen sowohl der Selbststudienanteil als auch die Kontaktstunden zählen, werden ECTS-Anrechnungspunkte zugeteilt. Der Universitätslehrgang Joint Master in European Integration and Regionalism umfasst 90 ECTS-Anrechnungspunkte, die in der Regel innerhalb von drei Semestern erlangt werden. Eine Verlängerung von einem Semester ist möglich. (siehe auch § 3(2))

Die Unterrichtsperiode erstreckt sich über zwei Semester und gliedert sich in fünf Module zu je zwei Wochen. Die Module haben jeweils einen Schwerpunkt und werden einmal im Jahr abwechselnd von den beteiligten Institutionen organisiert. Für jedes Modul können die Studierenden mindestens 10 ECTS-Anrechnungspunkte und maximal 20 ECTS-Anrechnungspunkte sammeln. Die fünf Module entsprechen zusammen 65 ECTS-Anrechnungspunkten.

Im dritten Semester ist von den Studierenden eine Masterarbeit zu verfassen. Das Thema der Masterarbeit müssen die Studierenden im Laufe des zweiten Semesters in Absprache mit dem Direktor bzw. der Direktorin der Lehrgangsführung festlegen. Die Masterarbeit entspricht 25 ECTS-Anrechnungspunkten.

Erstes Semester		KStd.	ECTS
Modul I (Graz)	Die erweiterte Europäische Union – Einführung	80	15
Modul II (Luxembourg)	Recht der Europäischen Union	80	10-20
Modul III (Zagreb)	Governance, Reform der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft	80	10-20
Zweites Semester			
Modul IV (Barcelona)	Regionale Angelegenheiten: Politik, Strukturen und Management	80	10-20
Modul V (Bolzano)	Menschenrechte, Minderheiten und Management von Vielfalt	80	10-20
			65 ECTS
Drittes Semester			
Masterarbeit			25 ECTS
			90 ECTS

Die Studierenden haben entsprechend der in Annex 1 enthaltenen Darstellung an allen oben gelisteten Modulen an den in diesem Studienplan vorgesehenen Austragungsorten teilzunehmen.

6. Par. 3 Voraussetzung für die Zulassung wird durch **Par. 1 Abs. 8 Zulassung** ersetzt und lautet neu:

(8) Voraussetzung für die Zulassung zum Universitätslehrgang ist der Abschluss eines Studiums, welches mindestens 180 ECTS-Anrechnungspunkte umfasst, der folgenden Studien oder Fachrichtungen: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Psychologie, Demographie, Geschichte, Philosophie, Sprachen, Geisteswissenschaften, Kulturwissenschaften, Frauen- oder Geschlechterforschung.

Absolventen bzw. Absolventinnen anderer Studien oder Fachrichtungen können zugelassen werden, wenn das bereits absolvierte Studium vom Auswahlkomitee als äquivalent beurteilt wird.

Die Unterrichtssprache des Universitätslehrganges ist Englisch. Studierende, deren Muttersprache nicht Englisch ist, müssen daher eine hohe Sprachkompetenz in Englisch vorweisen können, beispielsweise durch das Vorlegen von Sprachzertifikaten. Studierende, die ihren Abschluss in einem ausschließlich englischsprachigen Umfeld erworben haben, müssen diesen Nachweis nicht erbringen.

Für die Vorlage der gängigsten Sprachbeherrschungszeugnisse aus Englisch gelten folgende Mindestpunktzahlen:

TOEFL: 84

IELTS: Mindestergebnis 6,5

Cambridge Proficiency Exam (passed)

Die Zulassung an der Universität ist ein getrennter Prozess und erfolgt gemäß dem vor Ort üblichen Immatrikulationsverfahren.

7. Par. 4 jetzt **Par. 1 Abs. 7 Zielgruppe** lautet neu:

(7) Der Universitätslehrgang richtet sich speziell an Beamte bzw. Beamtinnen aus lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungsbehörden, die sich vorwiegend mit EU-Angelegenheiten befassen und daher sowohl über theoretisches als auch praktisches Wissen in den Bereichen EU und Regionen verfügen müssen. Er zielt weiters auf Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen in Nicht-Regierungsorganisationen, die ihr interdisziplinäres Wissen in den Bereichen Europarecht, öffentliche Verwaltung, Regionalismus und Management von Vielfalt ausbauen wollen. Eine weitere Zielgruppe bilden Journalisten bzw. Journalistinnen und Lehrer bzw. Lehrerinnen, die an einer spezialisierten Weiterbildung interessiert sind. Der Universitätslehrgang richtet sich auch an Graduierte, die ihre Chancen im Wettbewerb um eine Karriere in der wissenschaftlichen Welt oder in praxisorientierten Berufen vergrößern möchten.

8. Par. 5 Lehrveranstaltungen wird durch **Par. 2 Programminhalt** ersetzt und lautet neu:

Die fünf Module der Unterrichtsperiode werden die folgenden Inhalte behandeln:

Modul I: Die Erweiterte Europäische Union – Einführung (Graz, 15 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das erste einführende Modul über die erweiterte Europäische Union bietet den Studierenden mit verschiedenen akademischen und beruflichen Hintergründen nicht nur eine Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten sowie in die schriftliche Aufbereitung und mündliche Präsentation von Forschungsergebnissen, sondern vermittelt auch das notwendige grundlegende Wissen in Politik, Recht und Wirtschaft als Grundvoraussetzung für die Teilnahme in diesem interdisziplinären Programm. Das Modul analysiert den Prozess der europäischen Integration und das Verständnis von Konzepten wie „Föderalismus“, indem die heikle Dynamik, welche durch Krisen, Misserfolge und Erfolge der Integration hervorgerufen werden kann, erklärt wird. Dem Prozess der Osterweiterung, der soziologische mit juristischen und wirtschaftlichen Fragen kombiniert, wird große Bedeutung beigemessen. Nach der Analyse der EU Nachbarschaftspolitik und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses am westlichen Balkan, geht das Modul auf die Rolle der Mythen, den Gebrauch/Missbrauch der Geschichte für nationalistische Bestrebungen und die Mechanismen der Ausgrenzung bzw. der Inklusion im Fall Kosovos ein. Das erste Modul gibt einen Einblick in die Bereiche Reform der öffentlichen Verwaltung und Regionalentwicklung, auf die in den Modulen III und IV näher eingegangen wird, und analysiert weiters die grundlegenden Konzepte der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes und die komplexe Dynamik bei der Integration neuer Minderheiten.

Modul II: Das Recht der Europäischen Union (Luxemburg, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das zweite Modul, über das Recht der Europäischen Union, hat drei Ziele: Erstens, einen umfassenden Überblick über die verfassungsmäßige Organisation und das Rechtssystem der Europäischen Union zu bieten; zweitens, die Grundkonzepte und -prinzipien des EU-Rechts vorzustellen, sowohl im Allgemeinen als auch in besonderen Politikbereichen, mit der Absicht, die Studierenden mit einem praktischen Verständnis für Bereiche wie allgemeine Grundsätze, Diskriminierungsverbot, Grundfreiheiten, die Harmonisierung des Binnenmarktes und Wettbewerbsrecht auszustatten. Schließlich bietet das Modul einen praktischen Überblick über die Umsetzung des EU-Rechts auf EU sowie nationaler Ebene.

Modul III: Governance, Reform der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft (Zagreb, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Dieses Modul analysiert die politische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit von Transformationsländern. Das Verhältnis zwischen verschiedenen Dimensionen – sowohl politischer als auch wirtschaftlicher und sozialer – steht im Zentrum dieses Moduls. Hauptaugenmerk liegt auf folgenden Themen: politische Systeme, Vertrauen in die Institutionen, Leistungssteigerung der Institutionen, Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft sowie dringende Fragen der Verwaltungsreform wie Dezentralisierung, Interessenskonflikte, Parteienfinanzierung und Finanzierung von Kampagnen. Exkursionen sollen einen Einblick in die Praxis lokaler und zentraler Verwaltungen gewähren.

Modul IV: Regionale Angelegenheiten: Politik, Strukturen und Management (Barcelona, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das vierte Modul bietet tiefes und umfangreiches Wissen über politische und wirtschaftliche Aspekte des Regionalismus und dessen Management im heutigen Europa. Es bietet zunächst einen Überblick über die verschiedenen regionalen Integrationssysteme in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Daneben werden die Beziehungen der Regionen mit den Institutionen der EU behandelt, sowie die formellen und informellen Instrumente und Methoden für die Teilnahme der Regionen am Entscheidungsprozess. Der zweite Teil wird zeigen, wie die Regionen ihr eigenes wirtschaftliches Schicksal steuern und dabei ihren territorialen Zusammenhalt fördern können. Um die Möglichkeiten auszuschöpfen, welche sich durch die europäische Regionalpolitik und verschiedene Fonds ergeben, müssen lokale und regionale Akteure bzw. Akteurinnen mit den verschiedenen Politiken und finanziellen Unterstützungsmaßnahmen gut vertraut sein. Deren Durchführung bedarf der Einrichtung nachhaltiger lokaler und regionaler Partnerschaften und Strategien sowie des Aufbaus von Kapazitäten bezüglich der Vorbereitung von EU-Ausschreibungen. Die verschiedenen Einheiten werfen Licht auf das modulübergreifende Thema: das Konzept und das Management von „multi-level governance“ in Europa.

Modul V: Menschenrechte, Minderheiten und Management von Vielfalt (Bozen, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das fünfte Modul behandelt das breite Spektrum der Menschen- und Minderheitenrechte sowie das Management von Vielfalt in Europa, hauptsächlich durch eine Diskussion über die internationalen und interregionalen Schutzmechanismen der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates. Zudem wird analysiert, wie politische, Sprachen- und Bildungsrechte in verschiedenen nationalen Verfassungssystemen geregelt sind. Ein weiterer Schwerpunkt untersucht das Konzept der kulturellen Vielfalt innerhalb des EG-Rechts, da dieses immer mehr Bedeutung außerhalb des Kontextes des Minderheitenschutzes erhält. Weiters werden die Phänomene der Integration und der sozialen Inklusion untersucht. Das Modul wird versuchen zu erklären, was den Kern der europäischen Identität ausmacht und ob durch einen solchen Faktor das ethno-nationale Erbe der Vergangenheit überwunden werden kann.

Weitere Details des Universitätslehrganges sind in den Annexen 1 und 2 verdeutlicht.

9. Par. 7 jetzt **Par. 3 Prüfungsordnung** lautet neu:

(1) Prüfungsarten und -verfahren

Die Überprüfung der Leistung der Studierenden erfolgt in Form von schriftlichen Prüfungen, Referaten und dem Verfassen von Hausarbeiten. Insgesamt werden dafür 65 ECTS-Anrechnungspunkte wie folgt vergeben:

a.	Prüfung der Module: Schriftliche Prüfungen zu den Modulen I – IV Hausarbeit zu Modul V	jeweils 10 ECTS (=50 ECTS)
b.	Referate über eigenständige Studien während Modul I und während eines weiteren Moduls nach Wahl	jeweils 5 ECTS (=10 ECTS)
c.	Die Verfassung einer Hausarbeit nach dem Referat, das während eines Moduls ihrer Wahl gehalten worden ist	5 ECTS

Schriftliche Prüfungen decken die Inhalte des jeweiligen Moduls (Module I-IV) ab. Die Aufgaben jeder Prüfung können variieren und folgende Elemente (oder eine Kombination dieser Elemente) beinhalten: a) Multiple-Choice-Fragen, b) eine gewisse Anzahl kurzer Fragen, c) eine längere Frage oder ein Thema für einen Aufsatz, d) ein praktischer Fall.

Jeder bzw. jede Studierende hat zwei Referate zu halten, eines während Modul I und ein zweites während eines Moduls ihrer Wahl. Das Thema des ersten Referats ist frei wählbar, während das Thema des zweiten Referats zum Inhalt des ausgewählten Moduls passen muss. Die Wahl der Präsentationsmethoden steht den Studierenden frei. Nach jedem Referat findet eine Diskussion statt, die von einem bzw. einer Vortragenden moderiert wird.

Jeder bzw. jede Studierende muss zwei Hausarbeiten verfassen, eine im Anschluss an die Präsentation im Modul seiner bzw. ihrer Wahl und die zweite im Anschluss an Modul V. Die Hausarbeiten müssen allgemeinen wissenschaftlichen Standards entsprechen.

(2) Masterarbeit

Für die Masterarbeit werden 25 ECTS-Anrechnungspunkte vergeben. Sie wird in der Regel im Laufe des dritten Semesters geschrieben. Studierende, die aus welchem Grund auch immer ihre Masterarbeit nicht innerhalb des dritten Semesters einreichen, bekommen eine Verlängerung von einem Semester. In Ausnahmefällen kann der Direktor bzw. die Direktorin der Lehrgangsleitung auf Antrag und nach Absprache mit den Mitgliedern der Lehrgangsleitung weitere Verlängerungen genehmigen.

Die Masterarbeit spiegelt die Fähigkeit der Studierenden wieder, selbständig zu lernen und zu forschen und muss allgemeinen wissenschaftlichen Standards entsprechen. Sie soll 15.000 bis 18.000 Wörter lang sein. Die Masterarbeit muss eine 200 Wörter lange Zusammenfassung beinhalten.

Bis zum Ende des zweiten Semesters geben die Studierenden eine Disposition ab, die dem Einverständnis des Direktors bzw. der Direktorin der Lehrgangsleitung und des Erstbetreuers bzw. der Erstbetreuerin, den bzw. die der bzw. die Studierende ausgewählt hat, unterliegt. Jede Masterarbeit wird von einer zweiten Person beurteilt. Dieser Zweitbegutachter bzw. diese Zweitbegutachterin kann vom Studierenden bzw. von der Studierenden vorgeschlagen oder vom Direktor bzw. von der Direktorin der Lehrgangsleitung nominiert werden.

Vorausgesetzt die Noten der beiden Begutachter bzw. Begutachterinnen sind positiv, ergibt das Mittel der zwei Noten die endgültige Note der Masterarbeit. Für den Fall, dass dieses Resultat keine volle Note wie im § 3(3) vorgesehen ergibt, werden die zwei Begutachter bzw. Begutachterinnen entscheiden, ob die Note auf- oder abzurunden ist. Ist eine der zwei Bewertungen negativ, muss der Direktor bzw. die Direktorin einen Drittbegutachter bzw. eine Drittbegutachterin heranziehen. Für den Fall, dass die drei Begutachter bzw. Begutachterinnen nicht zu einem gemeinsamen Schluss kommen, ergibt das (gerundete) Mittel der drei Noten die Endnote.

(3) Benotungssystem

Zur Beurteilung der Studienleistung der Studierenden wenden alle Kooperationspartner bis auf die Universität Aut3noma de Barcelona das 3sterreichische Benotungssystem an. Die folgende Tabelle zeigt die Vergleichbarkeit von Noten zwischen dem 3sterreichischen und dem spanischen System.

Beschreibung	Notenskala Graz	Notenskala Barcelona
ausgezeichnete Leistungen und nur wenige unbedeutende Fehler	(1) sehr gut	9-10
überdurchschnittliche Leistungen, aber einige Fehler	(2) gut	7-8,9
insgesamt gute und solide Arbeit, jedoch mit einigen grundlegenden Fehlern	(3) befriedigend	5,1-6,9
die gezeigten Leistungen entsprechen den Mindestanforderungen	(4) genügend	5
es sind erhebliche Verbesserungen erforderlich	(5) nicht genügend	0-4,9

(4) Qualitätsüberprüfung und Evaluierung

Zum Zwecke der Qualitätssicherung in allen Bereichen des Studiums werden die Mitglieder der Lehrgangsleitung in regelmäßigen Abständen gebeten, Proben von Lehrmaterialien und Arbeiten von Studierenden aller Kooperationspartner zu kontrollieren und zu prüfen. Die Lehrgangsleitung wird diese Beurteilungen zusammen mit Verbesserungsvorschlägen während ihres jährlichen Treffens prüfen und das Resultat dem Beratenden Ausschuss vorlegen.
(siehe Kooperationsvertrag § 11)

10. Par. 8 Verleihung des Mastergrades wird ersetzt durch **Par. 1 Abs 4 Akademischer Grad** und lautet neu:

(4) An die Absolventen bzw. Absolventinnen des Universitätslehrganges Joint Master in European Integration and Regionalism wird der akademische Grad „Master of European Studies“, abgekürzt (M.E.S.) als Joint Master Degree verliehen.

11. Par. 9 Organisatorische Struktur wird ersetzt durch **Par. 1 Abs. 1 Kooperationspartner bzw. Kooperationspartnerinnen** und lautet neu:

(1) Die Kooperationspartnerinnen des Joint Master in European Integration and Regionalism sind die Karl-Franzens-Universität Graz (Österreich), die Universitat Autònoma de Barcelona (Spanien) und die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zagreb (Kroatien).

Die drei Universitäten einigen sich, bei der Durchführung des Joint Master Programms mit der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) und dem European Institute of Public Administration durch die Antenna Luxembourg – European Centre for Judges and Lawyers (EIPA-Luxembourg) und die Antenna Barcelona – European Centre for the Regions (EIPA Barcelona) zu kooperieren.
(Siehe: Kooperationsvertrag §§ 1 und 2)

Eine Lehrgangsleitung wird eingerichtet. Die Bestimmungen bezüglich der Lehrgangsleitung und des Direktors bzw. der Direktorin sind im Kooperationsvertrag niedergelegt.

12. Par. 10 Gesamtkosten des Universitätslehrganges wird ersetzt durch **Par. 12 Finanzierung** (siehe Kooperationsvertrag).

13. Par. 11 In-Kraft-Treten wird ersetzt durch **Par. 4 In-Kraft-Treten des Curriculums** und lautet neu:

Das vorliegende Curriculum tritt nach Genehmigung durch die zuständigen Organe der Partneruniversitäten und nach rechtsgültiger Verlautbarung mit Beginn des darauffolgenden Studienjahres in Kraft.

Curriculum für den Universitätslehrgang „Joint Master in European Integration and Regionalism“

Genehmigt vom Senat der Universität Graz am 23. April 2008

Genehmigt vom Senat der Universität Autònoma de Barcelona am [...]

Genehmigt vom Senat der Universität Zagreb am [...]

§ 1 Allgemeine Bestimmungen

Das Curriculum für den Universitätslehrgang wurde gemeinsam von den Kooperationspartnern bzw. Kooperationspartnerinnen unter der Leitung der Karl-Franzens-Universität Graz, Österreich, erarbeitet. Nach Abschluss des Universitätslehrganges wird ein akademischer Grad verliehen, der von allen Universitätspartnerinnen auf Basis des Kooperationsvertrags und der jeweiligen gesetzlichen Bestimmungen anerkannt wird.

(1) Kooperationspartner bzw. Kooperationspartnerinnen

Die Kooperationspartnerinnen des Joint Master in European Integration and Regionalism sind die Karl-Franzens-Universität Graz (Österreich), die Universität Autònoma de Barcelona (Spanien) und die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zagreb (Kroatien).

Die drei Universitäten einigen sich, bei der Durchführung des Joint Master Programms mit der Europäischen Akademie Bozen (EURAC) und dem European Institute of Public Administration durch die Antenna Luxembourg – European Centre for Judges and Lawyers (EIPA-Luxembourg) und die Antenna Barcelona – European Centre for the Regions (EIPA Barcelona) zu kooperieren. (Siehe: Kooperationsvertrag §§ 1 und 2)

Eine Lehrgangsleitung wird eingerichtet. Die Bestimmungen bezüglich der Lehrgangsleitung und des Direktors bzw. der Direktorin sind im Kooperationsvertrag niedergelegt.

(2) Qualifikationsprofil

Der interdisziplinär angelegte Universitätslehrgang vermittelt grundlegende Kenntnisse in den Bereichen Recht, Politik und Wirtschaft im Hinblick auf europäische Integrations- und Reformprozesse. Ein Schwerpunkt liegt auf der Vermittlung von fundiertem Wissen über das Recht der Europäischen Union, um in der Folge diese Kenntnisse mit der regionalen und kulturellen Dimension eines sich erweiternden Europas verknüpfen zu können. Ziel des Lehrgangs ist, die Vision eines nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, kulturell und sozial integrierenden Europas zu vermitteln, dessen Erweiterung eine einzigartige Chance darstellt, Barrieren zu überwinden. Die Studierenden werden so auf die zukünftigen Herausforderungen Europas vorbereitet.

Im Laufe des Studiums sollen die Studierenden nicht nur ihre Kenntnisse über Theorien und abstrakte Konzepte vertiefen, sondern trainieren in Arbeitsgemeinschaften auch ihre praktischen und sozialen Kompetenzen sowie durch Präsentationen ihrer eigenen Forschung ihre rhetorischen Fähigkeiten. Einblicke in die Entwicklung und das Management von Projekten werden anhand von Übungen und Exkursionen vermittelt. Aufgrund der Tatsache, dass die Studierenden aus verschiedenen Ländern der Welt stammen, stellt der Universitätslehrgang außerdem eine interkulturelle Erfahrung dar.

Durch das theoretische Wissen, die praktischen Fertigkeiten und die interkulturelle Erfahrung, welche die Studierenden im Laufe des Universitätslehrganges sammeln, sowie durch die Mobilität innerhalb und die Netzwerkbildung während des Universitätslehrganges erhöht sich die internationale Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen bzw. Absolventinnen. Die erworbenen Fähigkeiten sind nicht nur in akademischer Forschungsarbeit einsetzbar sondern auch in praxisorientierten Berufen, wie z.B. im öffentlichen Dienst in nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen, im diplomatischen Dienst, in internationalen Organisationen und NGOs sowie in der Beratung.

(3) Dauer, Gliederung in Module

Allen von den Studierenden erbrachten Leistungen, zu denen sowohl der Selbststudienanteil als auch die Kontaktstunden zählen, werden ECTS-Anrechnungspunkte zugeteilt. Der Universitätslehrgang Joint Master in European Integration and Regionalism umfasst 90 ECTS-Anrechnungspunkte, die in der Regel innerhalb von drei Semestern erlangt werden. Eine Verlängerung von einem Semester ist möglich. (siehe auch § 3(2))

Die Unterrichtsperiode erstreckt sich über zwei Semester und gliedert sich in fünf Module zu je zwei Wochen. Die Module haben jeweils einen Schwerpunkt und werden einmal im Jahr abwechselnd von den beteiligten Institutionen organisiert. Für jedes Modul können die Studierenden mindestens 10 ECTS-Anrechnungspunkte und maximal 20 ECTS-Anrechnungspunkte sammeln. Die fünf Module entsprechen zusammen 65 ECTS-Anrechnungspunkten.

Im dritten Semester ist von den Studierenden eine Masterarbeit zu verfassen. Das Thema der Masterarbeit müssen die Studierenden im Laufe des zweiten Semesters in Absprache mit dem Direktor bzw. der Direktorin der Lehrgangsleitung festlegen. Die Masterarbeit entspricht 25 ECTS-Anrechnungspunkten.

Erstes Semester		KStd.	ECTS
Modul I (Graz)	Die erweiterte Europäische Union – Einführung	80	15
Modul II (Luxembourg)	Recht der Europäischen Union	80	10-20
Modul III (Zagreb)	Governance, Reform der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft	80	10-20
Zweites Semester			
Modul IV (Barcelona)	Regionale Angelegenheiten: Politik, Strukturen und Management	80	10-20
Modul V (Bolzano)	Menschenrechte, Minderheiten und Management von Vielfalt	80	10-20
			65 ECTS
Drittes Semester			
Masterarbeit			25 ECTS
			90 ECTS

Die Studierenden haben entsprechend der in Annex 1 enthaltenen Darstellung an allen oben gelisteten Modulen an den in diesem Studienplan vorgesehenen Austragungsorten teilzunehmen.

(4) Akademischer Grad

An die Absolventen bzw. Absolventinnen des Universitätslehrganges Joint Master in European Integration and Regionalism wird der akademische Grad „Master of European Studies“, abgekürzt (M.E.S.) als Joint Master Degree verliehen.

(5) Lehrveranstaltungstypen

Darunter fallen Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Übungen, entsprechend den an den Partnerinstitutionen geltenden Regelungen.

(6) Beschränkung der Plätze im Universitätslehrgang

Eine Mindestzahl von 20 Studierenden ist erforderlich, um ein neues akademisches Jahr zu beginnen. Pro Jahr können maximal 30 Studierenden zugelassen werden.

(7) Zielgruppe

Der Universitätslehrgang richtet sich speziell an Beamte bzw. Beamtinnen aus lokalen, regionalen und nationalen Verwaltungsbehörden, die sich vorwiegend mit EU-Angelegenheiten befassen und daher sowohl über theoretisches als auch praktisches Wissen in den Bereichen EU und Regionen verfügen müssen. Er zielt weiters auf Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen in Nicht-Regierungsorganisationen, die ihr interdisziplinäres Wissen in den Bereichen Europarecht, öffentliche Verwaltung, Regionalismus und Management von Vielfalt ausbauen wollen. Eine weitere Zielgruppe bilden Journalisten bzw. Journalistinnen und Lehrer bzw. Lehrerinnen, die an einer spezialisierten Weiterbildung interessiert sind. Der Universitätslehrgang richtet sich auch an Graduierte, die ihre Chancen im Wettbewerb um eine Karriere in der wissenschaftlichen Welt oder in praxisorientierten Berufen vergrößern möchten.

(8) Zulassung

Voraussetzung für die Zulassung zum Universitätslehrgang ist der Abschluss eines Studiums, welches mindestens 180 ECTS-Anrechnungspunkte umfasst, der folgenden Studien oder Fachrichtungen: Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften, Sozialwissenschaften, Psychologie, Demographie, Geschichte, Philosophie, Sprachen, Geisteswissenschaften, Kulturwissenschaften, Frauen- oder Geschlechterforschung.

Absolventen bzw. Absolventinnen anderer Studien oder Fachrichtungen können zugelassen werden, wenn das bereits absolvierte Studium vom Auswahlkomitee als äquivalent beurteilt wird.

Die Unterrichtssprache des Universitätslehrganges ist Englisch. Studierende, deren Muttersprache nicht Englisch ist, müssen daher eine hohe Sprachkompetenz in Englisch vorweisen können, beispielsweise durch das Vorlegen von Sprachzertifikaten. Studierende, die ihren Abschluss in einem ausschließlich englischsprachigen Umfeld erworben haben, müssen diesen Nachweis nicht erbringen.

Für die Vorlage der gängigsten Sprachbeherrschungszeugnisse aus Englisch gelten folgende Mindestpunktzahlen:

TOEFL: 84

IELTS: Mindestergebnis 6,5

Cambridge Proficiency Exam (passed)

Die Zulassung an der Universität ist ein getrennter Prozess und erfolgt gemäß dem vor Ort üblichen Immatrikulationsverfahren.

§ 2 Programminhalt

Die fünf Module der Unterrichtsperiode werden die folgenden Inhalte behandeln:

Modul I: Die Erweiterte Europäische Union – Einführung (Graz, 15 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das erste einführende Modul über die erweiterte Europäische Union bietet den Studierenden mit verschiedenen akademischen und beruflichen Hintergründen nicht nur eine Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten sowie in die schriftliche Aufbereitung und mündliche Präsentation von Forschungsergebnissen, sondern vermittelt auch das notwendige grundlegende Wissen in Politik, Recht und Wirtschaft als Grundvoraussetzung für die Teilnahme in diesem interdisziplinären Programm. Das Modul analysiert den Prozess der europäischen Integration und das Verständnis von Konzepten wie „Föderalismus“, indem die heikle Dynamik, welche durch Krisen, Misserfolge und Erfolge der Integration hervorgerufen werden kann, erklärt wird. Dem Prozess der Osterweiterung, der soziologische mit juristischen und wirtschaftlichen Fragen kombiniert, wird große Bedeutung beigemessen. Nach der Analyse der EU Nachbarschaftspolitik und des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses am westlichen Balkan, geht das Modul auf die Rolle der Mythen, den Gebrauch/Missbrauch der Geschichte für nationalistische Bestrebungen und die Mechanismen der Ausgrenzung bzw. der Inklusion im Fall Kosovos ein. Das erste Modul gibt einen Einblick in die Bereiche Reform der öffentlichen Verwaltung und Regionalentwicklung, auf die in den Modulen III und IV näher eingegangen wird, und analysiert weiters die grundlegenden Konzepte der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes und die komplexe Dynamik bei der Integration neuer Minderheiten.

Modul II: Das Recht der Europäischen Union (Luxemburg, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das zweite Modul, über das Recht der Europäischen Union, hat drei Ziele: Erstens, einen umfassenden Überblick über die verfassungsmäßige Organisation und das Rechtssystem der Europäischen Union zu bieten; zweitens, die Grundkonzepte und -prinzipien des EU-Rechts vorzustellen, sowohl im Allgemeinen als auch in besonderen Politikbereichen, mit der Absicht, die Studierenden mit einem praktischen Verständnis für Bereiche wie allgemeine Grundsätze, Diskriminierungsverbot, Grundfreiheiten, die Harmonisierung des Binnenmarktes und Wettbewerbsrecht auszustatten. Schließlich bietet das Modul einen praktischen Überblick über die Umsetzung des EU-Rechts auf EU sowie nationaler Ebene.

Modul III: Governance, Reform der öffentlichen Verwaltung und Wirtschaft (Zagreb, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Dieses Modul analysiert die politische und wirtschaftliche Nachhaltigkeit von Transformationsländern. Das Verhältnis zwischen verschiedenen Dimensionen – sowohl politischer als auch wirtschaftlicher und sozialer – steht im Zentrum dieses Moduls. Hauptaugenmerk liegt auf folgenden Themen: politische Systeme, Vertrauen in die Institutionen, Leistungssteigerung der Institutionen, Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft sowie dringende Fragen der Verwaltungsreform wie Dezentralisierung, Interessenskonflikte, Parteienfinanzierung und Finanzierung von Kampagnen. Exkursionen sollen einen Einblick in die Praxis lokaler und zentraler Verwaltungen gewähren.

Modul IV: Regionale Angelegenheiten: Politik, Strukturen und Management (Barcelona, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das vierte Modul bietet tiefes und umfangreiches Wissen über politische und wirtschaftliche Aspekte des Regionalismus und dessen Management im heutigen Europa. Es bietet zunächst einen Überblick über die verschiedenen regionalen Integrationssysteme in den 27 EU-Mitgliedstaaten. Daneben werden die Beziehungen der Regionen mit den Institutionen der EU behandelt, sowie die formellen und informellen Instrumente und Methoden für die Teilnahme der Regionen am Entscheidungsprozess. Der zweite Teil wird zeigen, wie die Regionen ihr eigenes wirtschaftliches Schicksal steuern und dabei ihren territorialen Zusammenhalt fördern können. Um die Möglichkeiten auszuschöpfen, welche sich durch die europäische Regionalpolitik und verschiedene Fonds ergeben, müssen lokale und regionale Akteure bzw. Akteurinnen mit den verschiedenen Politiken und finanziellen Unterstützungsmaßnahmen gut vertraut sein. Deren Durchführung bedarf der Einrichtung

nachhaltiger lokaler und regionaler Partnerschaften und Strategien sowie des Aufbaus von Kapazitäten bezüglich der Vorbereitung von EU-Ausschreibungen. Die verschiedenen Einheiten werfen Licht auf das modulübergreifende Thema: das Konzept und das Management von „multi-level governance“ in Europa.

Modul V: Menschenrechte, Minderheiten und Management von Vielfalt (Bozen, 10-20 ECTS-Anrechnungspunkte)

Das fünfte Modul behandelt das breite Spektrum der Menschen- und Minderheitenrechte sowie das Management von Vielfalt in Europa, hauptsächlich durch eine Diskussion über die internationalen und interregionalen Schutzmechanismen der Vereinten Nationen, der OSZE und des Europarates. Zudem wird analysiert, wie politische, Sprachen- und Bildungsrechte in verschiedenen nationalen Verfassungssystemen geregelt sind. Ein weiterer Schwerpunkt untersucht das Konzept der kulturellen Vielfalt innerhalb des EG-Rechts, da dieses immer mehr Bedeutung außerhalb des Kontextes des Minderheitenschutzes erhält. Weiters werden die Phänomene der Integration und der sozialen Inklusion untersucht. Das Modul wird versuchen zu erklären, was den Kern der europäischen Identität ausmacht und ob durch einen solchen Faktor das ethno-nationale Erbe der Vergangenheit überwunden werden kann.

Weitere Details des Universitätslehrganges sind in den Annexen 1 und 2 verdeutlicht.

§ 3 Prüfungsordnung

(1) Prüfungsarten und -verfahren

Die Überprüfung der Leistung der Studierenden erfolgt in Form von schriftlichen Prüfungen, Referaten und dem Verfassen von Hausarbeiten. Insgesamt werden dafür 65 ECTS-Anrechnungspunkte wie folgt vergeben:

- | | | |
|----|---|-------------------------------|
| a. | Prüfung der Module:
Schriftliche Prüfungen zu den Modulen I – IV
Hausarbeit zu Modul V | jeweils 10 ECTS
(=50 ECTS) |
| b. | Referate über eigenständige Studien während Modul I und während eines weiteren Moduls nach Wahl | jeweils 5 ECTS
(=10 ECTS) |
| c. | Die Verfassung einer Hausarbeit nach dem Referat, das während eines Moduls ihrer Wahl gehalten worden ist | 5 ECTS |

Schriftliche Prüfungen decken die Inhalte des jeweiligen Moduls (Module I-IV) ab. Die Aufgaben jeder Prüfung können variieren und folgende Elemente (oder eine Kombination dieser Elemente) beinhalten: a) Multiple-Choice-Fragen, b) eine gewisse Anzahl kurzer Fragen, c) eine längere Frage oder ein Thema für einen Aufsatz, d) ein praktischer Fall.

Jeder bzw. jede Studierende hat zwei Referate zu halten, eines während Modul I und ein zweites während eines Moduls ihrer Wahl. Das Thema des ersten Referats ist frei wählbar, während das Thema des zweiten Referats zum Inhalt des ausgewählten Moduls passen muss. Die Wahl der Präsentationsmethoden steht den Studierenden frei. Nach jedem Referat findet eine Diskussion statt, die von einem bzw. einer Vortragenden moderiert wird.

Jeder bzw. jede Studierende muss zwei Hausarbeiten verfassen, eine im Anschluss an die Präsentation im Modul seiner bzw. ihrer Wahl und die zweite im Anschluss an Modul V. Die Hausarbeiten müssen allgemeinen wissenschaftlichen Standards entsprechen.

(2) Masterarbeit

Für die Masterarbeit werden 25 ECTS-Anrechnungspunkte vergeben. Sie wird in der Regel im Laufe des dritten Semesters geschrieben. Studierende, die aus welchem Grund auch immer ihre Masterarbeit nicht innerhalb des dritten Semesters einreichen, bekommen eine Verlängerung von einem Semester. In Ausnahmefällen kann der Direktor bzw. die Direktorin der Lehrgangsleitung auf Antrag und nach Absprache mit den Mitgliedern der Lehrgangsleitung weitere Verlängerungen genehmigen.

Die Masterarbeit spiegelt die Fähigkeit der Studierenden wieder, selbständig zu lernen und zu forschen und muss allgemeinen wissenschaftlichen Standards entsprechen. Sie soll 15.000 bis 18.000 Wörter lang sein. Die Masterarbeit muss eine 200 Wörter lange Zusammenfassung beinhalten.

Bis zum Ende des zweiten Semesters geben die Studierenden eine Disposition ab, die dem Einverständnis des Direktors bzw. der Direktorin der Lehrgangsleitung und des Erstbetreuers bzw. der Erstbetreuerin, den bzw. die der bzw. die Studierende ausgewählt hat, unterliegt. Jede Masterarbeit wird von einer zweiten Person beurteilt. Dieser Zweitbegutachter bzw. diese Zweitbegutachterin kann vom Studierenden bzw. von der Studierenden vorgeschlagen oder vom Direktor bzw. von der Direktorin der Lehrgangsleitung nominiert werden.

Vorausgesetzt die Noten der beiden Begutachter bzw. Begutachterinnen sind positiv, ergibt das Mittel der zwei Noten die endgültige Note der Masterarbeit. Für den Fall, dass dieses Resultat keine volle Note wie im § 3(3) vorgesehen ergibt, werden die zwei Begutachter bzw. Begutachterinnen entscheiden, ob die Note auf- oder abzurunden ist. Ist eine der zwei Bewertungen negativ, muss der Direktor bzw. die Direktorin einen Drittbegutachter bzw. eine Drittbegutachterin heranziehen. Für den Fall, dass die drei Begutachter bzw. Begutachterinnen nicht zu einem gemeinsamen Schluss kommen, ergibt das (gerundete) Mittel der drei Noten die Endnote.

(3) Benotungssystem

Zur Beurteilung der Studienleistung der Studierenden wenden alle Kooperationspartner bis auf die Universität Aut3noma de Barcelona das 3sterreichische Benotungssystem an. Die folgende Tabelle zeigt die Vergleichbarkeit von Noten zwischen dem 3sterreichischen und dem spanischen System.

Beschreibung	Notenskala Graz	Notenskala Barcelona
ausgezeichnete Leistungen und nur wenige unbedeutende Fehler	(1) sehr gut	9-10
überdurchschnittliche Leistungen, aber einige Fehler	(2) gut	7-8,9
insgesamt gute und solide Arbeit, jedoch mit einigen grundlegenden Fehlern	(3) befriedigend	5,1-6,9
die gezeigten Leistungen entsprechen den Mindestanforderungen	(4) genügend	5
es sind erhebliche Verbesserungen erforderlich	(5) nicht genügend	0-4,9

(4) Qualitätsüberprüfung und Evaluierung

Zum Zwecke der Qualitätssicherung in allen Bereichen des Studiums werden die Mitglieder der Lehrgangsleitung in regelmäßigen Abständen gebeten, Proben von Lehrmaterialien und Arbeiten von Studierenden aller Kooperationspartner zu kontrollieren und zu prüfen. Die Lehrgangsleitung wird

diese Beurteilungen zusammen mit Verbesserungsvorschlägen während ihres jährlichen Treffens prüfen und das Resultat dem Beratenden Ausschuss vorlegen.
(siehe Kooperationsvertrag § 11)

§ 4 In-Kraft-Treten des Studienplans

Der vorliegende Studienplan tritt nach Genehmigung durch die zuständigen Organe der Partneruniversitäten und nach rechtsgültiger Verlautbarung mit Beginn des darauffolgenden Studienjahres in Kraft.

ANNEX 1: Beispielstudienplan der Partneruniversitäten (in englischer Version)

ANNEX 2: Learning Outcomes (in englischer Version)

Joint Master in European Integration and Regionalism
Module I: THE ENLARGED EUROPEAN UNION - INTRODUCTION
Graz, provisionally scheduled for 1 – 12 September 2008

LE - lecture WS - workshop Ex - exercise LE/Ex - lecture in combination with exercise EX - excursion

Week 1: Methodological and interdisciplinary introduction; history of European integration

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Introduction to the Modules. Round table with Module coordinators</i>	Methodological Introduction	<i>Interdisciplinary Introduction</i>	<i>Interdisciplinary Introduction Students' Presentations</i>	<i>Discussing Europe Students' Presentations</i>
9:00- 10:30	STARTING AT 10:00 <i>Registration</i>	Presentation of MEIR Rules of Procedure for Exams and EURACworld (the e-support platform)	Introduction to Political Science LE	Introduction to Economics LE	A Look back in the history of the European Union LE
10.45 12.15	<i>Registration</i>	Introduction to scientific research: Methodology and sources LE/Ex	Introduction to Political Science LE	Introduction to Economics LE	Europe and the idea of federalism LE
<i>LUNCHBREAK</i>					
14:30 - 16:00	Introduction to the Master Programme Students' presentation and their expectations from MEIR	Training of writing skills LE/Ex	Introduction to Law LE	Students' presentations	Discussing the European Condominium at the background of the Lisbon Treaty (I) LE
16:15 - 17:45 on Mon- day till 18:15	Introduction to the Modules Law of the European Union (EIPA Lux) Governance, PA reform and economics (Uni Zagreb) Regional Affairs: Policy, Structures and Management (EIPA Barcelona, UAB) Human Rights, Minorities & Diversity Management (EURAC) Discussion with students	Training of presentation skills LE/Ex	Introduction to Law LE	Students' presentations	Discussing the European Condominium at the background of the Lisbon Treaty (II) LE

Week 2: European Enlargement; the EU's Neighbourhood Policy; introductory lectures to Modules III, IV and V

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>European Enlargements</i> - Past Enlargements - Turkey as a current candidate	<i>The Union and its Neighbours</i> - Integration of the WB - EU's Neighbourhood Policy	<i>Myths and prejudices Kosovo</i> <i>Students' presentations</i>	<i>Introductory lectures to Modules III and IV</i> <i>Students' presentations</i>	<i>Students' presentations</i> <i>Introductory lectures to Module V</i>
9.00-10:30	EU Enlargements: An evaluation of the process so far and the criteria for future accessions (I) LE	The EU's SAP and the principle of conditionality (I) LE	Myths and their (mis)use in the definition of "us" versus "them" LE	Public Administration reform LE	Students' presentations
10:45 - 12:15	EU Enlargements: An evaluation of the process so far and the criteria for future accessions (II) LE	The EU's SAP and the principle of conditionality (II) WS/Ex	Myths and ethnic conflict – case study Kosovo WS	Regional economic development in Central and South Eastern Europe LE	International Law of Human and Minority Rights. Theory and Practice LE
LUNCHBREAK					
14:30 - 16:00	Turkey: The eternal candidate? LE	EU's Policies <i>vis-à-vis</i> its Neighbourhood: New Developments, Failures and Successes (I) LE	Students' presentations	Regionalism and Federalism. Conceptual Framework LE	Accommodating Diversity and Cohesion: the Quadrature of the Circle? LE
16:15 - 17:45	<i>Turkey: Economic Development</i> LE	EU's Policies <i>vis-à-vis</i> its Neighbourhood: New Developments, Failures and Successes (II) WS/Ex	Students' presentations	Students' presentations	The European Identity LE

Joint Master in European Integration and Regionalism
Module II LAW OF THE EUROPEAN UNION
Luxembourg, provisionally scheduled for 3-14 November 2008

LE - lecture WS - workshop Ex - exercise LE/Ex - lecture in combination with exercise EX - excursion

Week 1: Institutions, the legal system, the judicial system, decision making, implementation

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
		<i>EU Law Making</i>	<i>The EU Legal System</i>	<i>Principles of EU Law</i>	<i>The ECJ</i> <i>Students' presentations</i>
9.00-10:30	Exam 9.00-12.00	Commission, Council, Parliament: Powers, Structure and Decision Making Procedures LE	The Nature of EU Law and Primary Sources of Law LE	Supremacy of EU Law and Direct and Indirect Effect LE	The Organisation and Function of the European Court of Justice LE
11:00 - 12:30	Exam	The EU Law Making Procedures LE	Secondary Sources of Law and Legal Instruments LE	State Liability and Remedies before National Courts LE	The System of Preliminary Rulings LE
LUNCHBREAK (12:30 – 13:30)					
13:30 - 15:00	Mutual Introduction and EU Law Quiz WS	Simulation Introduction WS	Analysing EU Legal Instruments (Directives, Regulations and Decisions and others) WS	Direct Actions by Individuals to the ECJ LE	Students' presentations
15:30 - 17:00	The EU Policy Cycle: Reviewing the Different Stages of Law-making: from proposal to implementation LE	Simulation of the Law-making Procedure in the Council + Debriefing WS	General Principles of EU Law (Fundamental Rights, Non-discrimination, Subsidiarity, Proportionality etc.) LE	Case Study: participants analyze a case and discuss solutions Ex	Students' presentations

Week 2: fundamental freedoms, competition and state aid, harmonisation and implementation

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>EC Policies and Law – Internal Market</i>	<i>EC Policies and Law – Internal Market</i>	<i>European Court of Justice and EU Policies & Law (continued)</i>	<i>EU Policies and Law (continued) & Implementation</i>	<i>EU Policies</i>
9.00-10:30	Free Movement of Goods LE	Free Movement of Persons (Right of Establishment) LE	Study Visit to European Court of Justice EX	European Area of Justice, Freedom and Security II LE	Study Visit to European Parliament (Luxembourg) EX
11:00 - 12:30	Free Movement of Services LE	EU Citizenship & Schengen LE	Study Visit to European Court of Justice EX	EU Information and Documentation LE	Study Visit to European Parliament (Luxembourg) EX
LUNCHBREAK					
13:30 - 15:00	Case Studies: the participants discuss a real case and its solutions EX	Third Country Nationals LE	EC Competition Law: Introduction to EC Competition Policy and Linking it with the Internal Market LE	Implementation of EU Law on the National Level LE	Simulation of Work of an Implementation Committee WS
15:30 - 17:00	Free Movement of Persons (Workers) LE	European Area of Justice, Freedom and Security I LE/EX	EC Competition Law: Working with the EC's Antitrust Law LE/EX	Implementation of EU Law on the EU Level (Comitology) + Introduction to Simulation LE	Simulation of Work of an Implementation Committee (cont'd) + Debriefing WS 16:30-17:00 Conclusion & Evaluation

Joint Master in European Integration and Regionalism
Module III GOVERNANCE, PUBLIC ADMINISTRATION REFORM AND ECONOMICS
Zagreb, provisionally scheduled for 19-30 January 2009

LE - lecture WS - workshop EX - exercise LE/EX - lecture in combination with exercise EX - excursion

Week 1: International Policy and Economics

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Welcome and Setting the Scene</i>	International Policy	<i>Economics</i>	<i>Economics</i>	<i>Economics</i>
9.00-10:30	Exam 9.00-12.00	Sovereignty and Internationalization of Social Politics WS	EU expansion: economic goals and obstacles from the local government point of view LE	Innovation: The Role of Education and Science LE	Deformation of Organizational Principles: Corruption LE
11:00 - 12:30	Exam	Economy and Institutional settings LE	To be continued	To be continued	Organized Crime and Stability LE
<i>LUNCH BREAK</i>					
14:30-16:00	Introduction to the Module Global Trends and Local Social Change LE	To be continued	Study visit to Koprivnica EX	Study visit to Ministry of Science EX	Panel: <i>The urgent Issues in Transition: the role of governance</i>
16:15-17:45	To be continued	Models of Economic Development Economic Growth and Institutional Costs	Study visit Koprivnica EX	Study visit to Ministry of Science EX	To be continued

Week 2: Governance and Public Administration Reform

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Governance</i>	Governance	<i>Public Administration Reform</i>	<i>Public Administration Reform</i>	<i>Public Administration Reform</i> <i>Students' presentation</i>
9.00-10:30	The Crisis of Democracy? LE	Case study I: Ethics in Politics Panel of actors	EU Integration and Public Administration Reform LE	Historic Legacies of Public Administration Reform LE	Problems of International Territorial Administration LE
11:00 - 12:30	Measuring Governance LE	Trust in Institutions LE	The New Administrative Law in EU Perspective LE/Ex	Strategies for Administrative reform LE	To be continued
LUNCH BREAK					
14:30-16:00	The Role of Civil Society Center for human Rights LE	Visit to the Ombudsman EX	To be continued	Discussion Panel: Slovenia, Croatia, Bosnia and Macedonia	Students' presentations
16:15-17:45	Financing of Political Parties LE	New Tools of Democratic Control: Access of Information, Prevention of CoI, LE	From Line Administration to New Public Management LE	To be continued	Students' presentations

Joint Master in European Integration and Regionalism
Module IV REGIONAL AFFAIRS: POLICIES, STRUCTURES AND MANAGEMENT
Barcelona, provisionally schedules for 23 March–3 April 2009

LE - lecture **WS** - workshop **EX** - exercise **LE/EX** - lecture in combination with exercise **EX** - excursion

Week 1: regional integration systems, regions and EU governance and the decision-making process:

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Welcome and Introduction to Module Themes</i>	Regional Integration Systems the EU 27	<i>Regional Integration Systems in the EU 27</i>	<i>Regional participation in the EU decision-making process</i>	<i>State Aid and the Regions</i> <i>Students' presentations</i>
9:30-11:00	Exam 9.00-12.00	Federalized and regionalized national systems in Europe: Germany, Belgium, Austria, Spain and Italy LE/EX	Recent transitions and trends towards regionalism in the New Member States LE	Committee of the Regions LE	State Aid Rules and Principles LE
11:30-13:00	Exam	Continuation	Continuation	Lobbying in Europe: a challenge for local and regional governments LE	Students' presentations
13:00-13:30		Discussion and debriefing	Discussion and debriefing	Discussion and debriefing	
<i>LUNCH BREAK</i>					
15:00-16:30	Introduction to Regionalism, Decentralisation and Devolution Trends in the EU LE	Devolutionary and decentralized systems in Europe: UK and The Netherlands LE/EX	The reformed principle of subsidiarity in the new Treaty of Lisbon LE	Tri-partite agreements LE	Students' presentations
16:45-18:15	Continuation (or combined with Multi-level governance aspects in the EU) LE	Unitary systems in the EU: Ireland, Portugal, Greece and France LE/EX	Regions' standing before the European courts WS	The European Grouping of Territorial Cooperation (EGTC): An new legal instrument for enhanced cross-border cooperation LE	Students' presentations

Week 2: regional cohesion, regional economics and policies, information society technologies: CS - case study
WS - workshop LE - lecture SV - study visit

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>EU Regional Economics/ Policy</i>	<i>EU Regional Cohesion Policy/ Management</i>	<i>EU Regional Cohesion Policy/ Management</i>	<i>Study visits to regional and local organisations</i>	<i>EU Regional IST Policy</i>
9.30-11:00	Socio-economic re-shaping in a globalised environment: Regional and local economic growth and cohesion trends LE	Management of EU structural funds policy at local and regional level LE	Creation and functioning of regional/local partnerships: Critical success factors LE/Ex	ACC10 Ex	The EU Framework for action in the field of Information Society Technology (IST) LE
11:30 - 13:00	“Setting the scene”: Regional development strategies and disparities – Group work and discussion WS	Continuation Ex	Assessment tools for regional project performance and impact monitoring LE/Ex	Barcelona Activa Ex	Discussion Panel: France, Spain and Portugal in comparison (11.30-14.00)
13:00 - 13:30	Discussion and debriefing	Discussion and debriefing	Discussion and debriefing		<i>Evaluation and official closure of Module IV (followed by a farewell lunch offered by EIPA-ECR)</i>
LUNCH BREAK					
15:00 - 16:30	Framework, features, origin and future of EU Regional Policy and Cohesion LE	Development, preparation and implementation of European funded project at local level (Part I) Ex	Sustainability and environmental aspects in regional development and its management LE	Public procurement in Europe: the impact on the regions LE/Ex	
16:45 - 18:15	Regions delivering sustainable growth and better jobs: The Lisbon strategy and its regional relevance LE/Ex	Continuation (Part II) Ex	Case study Ex	Regional financial and fiscal autonomy comparisons in the EU LE/Ex	

Joint Master in European Integration and Regionalism
Module V: HUMAN RIGHTS, MINORITIES AND DIVERSITY MANAGEMENT
Bolzano, provisionally scheduled for 15-26 June 2009

LE - lecture **WS** - workshop **Ex** - exercise **LE/Ex** - lecture in combination with exercise **EX** - excursion

Week 1: Basics principles, work and documents of the International Organisations

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Exam/Introduction</i>	<i>Human Rights and the United Nations</i>	<i>OSCE, Human Rights and Minority Rights</i>	<i>The CoE and Human Rights</i>	<i>CoE and Minorities</i>
9.00-10:30	Exam 9.00-12.00	Introduction to Human Rights LE	Human rights and minority protection under the OSCE system LE	The European Court of Human Rights and Minority Issues (I) LE	European Charter for Regional or Minority Languages LE
10:45 - 12:15	Exam	Human Rights and minority protection under the UN system: Sources and monitoring mechanisms (I) LE	Minority protection in practice : The office of the OSCE High Commissioner LE	The European Court of Human Rights and Minority Issues (II) LE	Framework Convention for the Protection of National Minorities LE
LUNCHBREAK					
14:30 - 16:00	State-formation and nation building LE	Human Rights and minority protection under the UN system: Sources and monitoring mechanisms (II) LE	Workshop Preventive Diplomacy: "Early Warning" and "Early Action" WS	Moot Trial WS	Role play on the work of the Advisory Committee WS
16:15 - 17:45	Equality and non-discrimination - the conceptual basis LE	Students' presentations	European integration and its effects on minority protection in the Western Balkan countries LE/Ex	<i>Moot Trial</i> WS	Role play on the work of the Advisory Committee WS

Week 2: Minority Protection in various nation states, Cultural and linguistic diversity versus economic integration

	Monday	Tuesday	Wednesday	Thursday	Friday
	<i>Constitutional Comparison</i>	<i>A European minority: Case Study on Roma</i> <i>The EU's Immigration and Integration Policy: Trends and Impact</i>	<i>Immigration and Integration. Case Studies</i>	<i>European Union, protection of human rights and cultural diversity</i>	<i>Diversity management</i>
9.00-10:30	Educational rights in different national systems LE	Roma: Problems faced and possible ways out LE/Ex	Integration policies and church-state relations: Muslims in selected European countries LE/Ex	EU law and the protection of human rights: genesis, development, prospects (I) LE	Old and New Minorities: Integration Policies beyond Multiculturalism. A Human Rights Model of Integration (I) LE
10:45 - 12:15	Linguistic rights in different national systems LE	Violation of Human Rights of Roma: Cases in front of the ECHR WS	Integration policies and church-state relations: Muslims in selected European countries (discussions) LE/Ex	EU law and the protection of human rights: genesis, development, prospects (II) LE	Old and New Minorities: Integration Policies beyond Multiculturalism. A Human Rights Model of Integration (II) LE
LUNCHBREAK					
14:30 - 16:00	Political Participation of minority groups in different national systems LE	The EU policy on Immigration, Integration and Asylum: its origins and legal framework LE	Gender issues LE	The European Fundamental Rights Agency LE	Diversity management in the European Condominium: a proposal for a division of labour LE
16:15 - 17:45	Economic Participation of national minorities LE	How policy on Immigration and Integration is made at the EU level? A multilevel governance approach LE	Social inclusion LE	Headscarves and Human Rights: an analysis of international and national jurisprudence LE/Ex	Students' presentations

ANNEX 2: Learning Outcomes

Module title:	The enlarged European Union - Introduction
Educational goals:	<p>The goal of module I is threefold:</p> <ul style="list-style-type: none"> • first, to provide students, that come from different educational backgrounds, with an introduction to the main disciplines that compose the programme: law, political science and economics • second, to provide students with an introduction to the following modules with the aim to show the interconnections and train the students capacity to interlink different disciplines and subjects • third, to provide students with in depth knowledge on the history of European Integration, different waves of enlargement (processes, conditions, monitoring, etc), neighbourhood policy and the challenge of diversity and cohesion
Acquired knowledge and competences:	<ul style="list-style-type: none"> • Basic knowledge of different disciplines and capacity to think in a way which is interlinking different disciplines and subjects • Writing and presentation skills • European Integration
Content:	<p>The break-down of communism in Eastern and Central Europe in 1989 neither proved the "triumph of liberalism" nor brought about "the end of history" (Fukuyama). Rather than "instant" democracy and market economy, ethno-nationalism very often simply replaced communism as an ideology for legitimating the exercise of power with tremendous consequences for the entire region: the disintegration and even break-up of communist multi-national empires, the Soviet Union, Czechoslovakia, and Yugoslavia, in the latter case with a horrific sequence of wars and ethnic cleansing. At the same time Europe was witnessing a process of integration with the establishment of the European Economic and Monetary Union by the treaty of Maastricht in 1992 up to the final introduction of the Euro in 2002, accompanied by the legal and political processes of "Eastern enlargement" of the EU.</p> <p>Against this background, Module I starts with an overview of the main topics addressed by the programme and an introduction of the main concepts of law, political science and economics. This is necessary in order to ensure, that students coming from different disciplines get acquainted with the basic concepts and notions used in different disciplines. Further, the students will be familiarized with the past and present political, economic and cultural European issues by exploring the history of the European Union, EU constitutional issues and the perception of concepts such as "federalism" in order to understand the</p>

	<p>precarious dynamics of crises, failures and "successes" of integration. Several experiences of past, present and future waves of EU enlargements will be compared. Each year, there will be a particularly topical country or region in focus (e.g. Turkey, Western Balkans). Also, the EU's policy vis-à-vis its neighbours will be analysed.</p> <p>The debate of "we and the others" will be introduced discussing the role of myths and the (mis)use of history in the definition of the perceptions of "us" versus "them". The mechanisms of exclusion or inclusion based upon this binary code of communication will be illustrated using case studies, e.g. Kosovo.</p> <p>The last part of the Module will give in insight into Module III-V and will be dedicated, amongst others, to an assessment of both the failures and the successes of policies and institutions as responses to the challenge of diversity and cohesion and to an elaboration of the basic concepts of human rights and minority protection as "standards" not only for the accession candidates of the EU, but for all member states</p> <p>Finally the participants will debate whether the European integration is not only a process of achieving a political and legal equilibrium between member state sovereignty and the powers of supranational institutions, but also one of creating a European identity which more and more will play an eminent role in the European Condominium.</p>
Teaching Methods:	Lectures, workshops, exercises, lectures in combination with exercise
Assessment Methods:	Written exam and one presentation

Module title:	Law of the European Union
Educational goals:	The module on European Union law has been designed with the overall aim to provide students with a the legal knowledge necessary to fully understand the most essential aspects of the process of European Integration and its particular relevance for the regions in the EU.
Acquired	In depth knowledge about

knowledge and competences:	<ul style="list-style-type: none"> - constitutional organisation and legal framework of the European Union - fundamental concepts and principles of European Union law, both in general and within specific policy areas - the implementation of European Union law at both the EU and national levels.
Content:	<p>The programme aims at attaining three specific objectives: Firstly, to provide a comprehensive view of the constitutional organisation and legal framework of the European Union. Secondly, to introduce in a practical and directly applicable way fundamental concepts and principles of European Union law, both in general and within specific policy areas. Lastly, to provide a practical overview of the implementation of European Union law at both the EU and national levels.</p> <p>When reviewing the constitutional organisation of the EU, particular attention will be paid to the institutional and legal frameworks of the EU, including the legal instruments and the functioning, inter-relation and decision-making processes of the various institutions and the role of the Member States in these processes.</p> <p>The sessions focusing on the concepts of European Union law will explain the legislative framework of the EU (including the protection of Human Rights) and the universal operation of fundamental principles of European Union law and policy, for example issues relating to non-discrimination, citizenship, fundamental freedoms, internal market harmonisation and competition. Particular emphasis will be laid upon the EU judicial system, including the tasks, structure and procedures of the European Courts and their role in development of the law.</p> <p>With regard to the implementation of European Union Law, the programme will illustrate the allocation of tasks and responsibilities between the relevant EU institutions and the EU Member States, including the consequences thereof for the latter in terms of administrative capacities and human resources.</p>
Teaching Methods:	Lectures, workshops, excursions, exercises, lectures in combination with exercise
Assessment Methods:	Written exam (and one presentation for those who have chosen to give their second presentation during Module II, followed by a paper)

Module title:	Governance, Public Administration Reform and Economics
Educational goals:	The objective of studies is not only to provide a theoretical analysis of the concepts of governance, political and public administration reform and economic transition but also practical knowledge from the perspective of actors of reforms and decision-making. The educational goal is to provide students with practical guidance through systematized experiences from different countries, EU member states and candidate countries.
Acquired knowledge and competences:	After participation in this Module, students will be able <ul style="list-style-type: none"> - to carry out independent research and scientific work on the topics of the Module; - to understand the problems of democratic and legal sustainability of transitional countries in the context of EU law - to develop and implement policies in the area of public administration self-management and developmental policy. - to use the specialised professional knowledge acquired in this Module for further practical work or research of the studied areas.
Content:	<p>After the coming to the fore of pro-European politics and policies in SEE, the need for advanced knowledge in the area of governance, public administration reform and economics is indisputable and has grown considerably. Such professional specialist knowledge is needed for better understanding of European standards regarding democracy and good government as well as for getting the practical skills to participate in formulating local policies. In this field, it is impossible to distinguish theory from practice.</p> <p>The main content of the module is to analyse political and economic sustainability of transition countries. The very relation between different dimensions – political and economic as well as social – is in focus of the module. The priority issues are political systems, trust in institutions, increase of the capacity of institutions, partnership with civil society, and urgent and open issues of administrative reforms: decentralization, conflict of interest, financing of political parties and campaigns. Excursions are provided to demonstrate the best practices in local and central administration.</p>
Teaching	Lectures, workshops, excursions, exercises, lectures in

Methods:	combination with exercise
Assessment	Written exam (and one presentation for those who have chosen to give their presentation during Module III, followed by a paper)

Module title:	Regional Affairs: Policies, Structures and Management
Educational goals:	Sound appreciation of the levels at which legislative and executive powers are exercised is crucial in understanding the impact of the nowadays fashionable concept of multi-level governance. The goal of this Module is, therefore, to convey theoretical and comparative knowledge about the different possibilities of territorial division of powers and thus, a deeper insight into the constitutional culture of European regions. Apart from this more legal and political approach, the module deals with the region as economic player and aims at a thorough understanding of how regions may steer their economic destiny in a successful and efficient way.
Acquired knowledge and competences:	<p>After participation in this Module students will have</p> <ul style="list-style-type: none"> - a thorough and comprehensive understanding of legal, political and economic aspects of federalism and regionalism and its practical management in today's Europe - a deep insight into the varying possibilities of various European regions in determining not only their own affairs through instruments of self-government, but also influencing decision-making at the national and European level - A deep understanding of EU's regional and cohesion policies - the capacity to develop, implement and manage EU funded projects
Content:	<p>Module IV will first provide an overview of the various regional integration systems in the EU 27 Member States. There are firstly, central states that can be found in Western and Eastern Europe such as France, Great Britain or Poland and Hungary, secondly federal states such as Switzerland, Germany and Austria and, finally, a "hybrid" mix, so-called regional states such as Spain and Italy. Hence students will become acquainted with a big variety of sub-national entities throughout Europe.</p> <p>In addition, the Module will deal with the regions relationships with the EU institutions, its formal and informal instruments and methods of participating in the decision-making process.</p> <p>The second part will illustrate how regions may steer their own economic destiny and thereby enhance territorial cohesion. Art 158 EC states that "The Community shall aim at reducing disparities between the levels of development of the various regions". In order to seize the opportunity of the new EU regional policies and funds,</p>

	<p>local and regional players are therefore required to be well prepared with the various policies and financial support actions. Implementation requires to establish sustainable local and regional partnerships and strategies and to build capacities when it comes to preparing a bid for EU funding and to increasing absorption.</p> <p>The module throws in its various sessions light on its overarching theme, namely the concept and management of multi-level governance in Europe.</p>
Teaching Methods:	Lectures, workshops, study visits, case studies
Assessment Methods:	Written exam (and one presentation for those who have chosen to give their presentation during Module IV, followed by a paper)

Module title:	Human Rights, Minorities and Diversity Management
Educational goals:	The goal of this module is to provide students with a comprehensive understanding of “diversity” and how this can be managed in the European context. Emphasis is placed on practical exercises through role-plays and moot courts in order to train the capacity of students, to use their knowledge not only for theoretical debate but also for practical activities.
Acquired knowledge and competences:	<p>After participation in this Module, students have</p> <ul style="list-style-type: none"> - a comprehensive overview of international instruments for the protection of minorities and practical understanding of how their monitoring mechanisms work - a comparative knowledge about the way in which national constitutional systems deal with specific minority-related issues - the capacity to advise and advocate for minority groups and organisations - a deep insight into European social and employment policy and thus into EU’s fight against social exclusion. - a thorough understanding the EU policy on immigration, integration and asylum - ability to design, implement and monitor projects focussing on the management of diversity
Content:	During the first part, the Module discusses in detail the international and interregional systems of the United Nations, the OSCE and the Council of Europe, examining with the assistance of leading experts from these international organisations the legal sources alongside the specific monitoring and adjudication mechanisms.

	<p>There will also be a strong emphasis upon case-law and practice through case-studies, moot trials and role-plays. Further, the wide range of linguistic, educational and political rights for minorities to be found in different national constitutional systems will be discussed.</p> <p>The second part gives an insight into European social and employment policy. The focus of this element of the module is the EU fight against social exclusion. The participants will become familiarised with principles and case law in the areas of equality, anti-discrimination and affirmative action within EC law. The development of EU policies in fighting against discrimination under various grounds such as age, sexual orientation, religious belief, race and age will be examined thoroughly by rendering particular relevance to the case law of the ECJ. Attention is finally given to the status of the increasing number of third country nationals living within the territory of the EU. This leads to the question what role immigration plays for the future self-definition of Europe, where to locate an equilibrium between economic unification and cultural diversity. Lectures and case studies will ensure an in-depth insight into the EU Immigration and Asylum Policy</p> <p>In conclusion, we have to ask: What is it that forms the core of European "identity" and can European identity formation overcome the ethno-national legacy of the past being firmly based on "European" values and legal principles such as European citizenship and cultural diversity?</p>
Teaching Methods:	Lectures, workshops, study visits, case studies
Assessment Methods:	Paper (and one presentation for those who have chosen to give their presentation during Module V, followed by a paper)